

LandInForm

4/2010

Auszug

Herausgeber:

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
dvs@ble.de
www.land-inform.de

Mit Regenwürmern gegen Hochwasser

Von Holger Lilienthal und Ewald Schnug

Hochwasserereignisse nehmen zu, und technische Maßnahmen zu ihrer Bewältigung verschlingen enorme Summen. Dabei geht es viel einfacher und kostengünstiger: durch die Förderung der Wasseraufnahmefähigkeit des Bodens auf landwirtschaftlichen Flächen.

In gewohnter Regelmäßigkeit sieht man in Deutschland Menschen Sandsäcke stapeln – es ist wieder einmal Hochwassersaison. Nach dem Wischen der Keller werden die Dämme repariert und erhöht. Dann wartet man auf das nächste Hochwasser. Ein ewiger Kreislauf, wie es scheint. Doch zwingen die klammen öffentlichen Kassen zum Umdenken.

Zwar gab es schon immer Überschwemmungen, doch sind ihre Auswirkungen heute stärker als früher. Die Ursachen sind schnell festgemacht: Gewässerbegradigung, Flächenversiegelung, zu starke Nutzung der Flussauen, ja vielleicht sogar der Klimawandel.

Schleichende Bodenversiegelung

Daneben gibt es aber auch eine Ursache, die man auf den ersten Blick nicht erkennen kann: Die Wasseraufnahmefähigkeit – Infiltrationskapazität – der Böden verschlechtert sich.

Diese Verschlechterung der Wasseraufnahmefähigkeit stellt eine Art unsichtbare, schleichende Versiegelung dar. Sie re-

sultiert zum Teil aus der Zerstörung der Bodenstruktur, bedingt durch den Einsatz immer größerer und schwererer Maschinen. Eine weitere Ursache ist der Verlust der biologischen Aktivität im Boden – etwa durch vereinfachte Fruchtfolgen und starken Pflanzenschutzmitteleinsatz. Es besteht also ein direkter Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsweise und der Wasserinfiltration von Böden.

Ökolandbau schneidet besser ab

Ein Forschungsprojekt des Julius-Kühn-Instituts hat 2008 die Infiltrationsleistungen von konventionell und ökologisch bewirtschafteten Flächen im Einzugsgebiet der Tauber (Baden-Württemberg) untersucht (siehe Kasten). Dabei wurden direkt benachbarte Flächen mit gleichen Standortbedingungen ausgewählt, die sich nur in der Wirtschaftsweise – konventionell oder ökologisch – unterscheiden. Die Ergebnisse zeigen deutliche positive Effekte der ökologischen Bewirtschaftung (siehe Tabelle), bereits 8 Jahre nach der Umstellung. Trotz der schweren Böden im Untersuchungsgebiet ist die Infiltration der ökologischen Böden mehr als doppelt so hoch wie die der konventionellen Böden.

Dies hat konkrete Ursachen: Ein hoher Anteil an Grobporen durch Regenwürmer, Wurzelgänge und Schrumpfungsrisse fördert die Infiltrationsleistung des Bodens. So hatten zum Beispiel die untersuchten ökologischen Flächen 42 Prozent mehr Regenwürmer. Auch erweiterte Fruchtfolgen sowie eine Verringerung mechanischer Bodeneingriffe fördern eine grobporige Bodenstruktur.

Der Landwirtschaft kommt daher eine besondere Bedeutung für den vorbeugenden Hochwasserschutz zu. Bereits kleine Veränderungen der Infiltrationsleistung haben auf die Fläche bezogen eine große Auswirkung. So können erhebliche Regenwassermengen im Boden zwischengespeichert werden, die dann erst später in die Bäche und Flüsse abgegeben werden. Dadurch

lassen sich Hochwasserspitzen abmildern. Eine gezielte Förderung des Ökolandbaus bzw. bodenstrukturfördernder Maßnahmen wäre daher eine effiziente Maßnahme zum Hochwasserschutz.



Bild: Julius Kühn-Institut 2008

Vergleich verschiedener Parameter unter konventioneller und ökologischer Bewirtschaftung (Hartmann et al. 2009)

	konventionell	ökologisch
Infiltration* [%]	100	208
Regenwürmer* [%]	100	142
Humusgehalt [%]	3,3	2,8
Tongehalt [%]	39	41
Bodenart	Tu2/Tu3	Tu2/Tu3
Lagerungsdichte	1,69	1,72

* Die konventionelle Bewirtschaftung wird als 100 % gesetzt
Tu2/Tu3 = schwach/mittel schluffiger Ton

Zum Weiterlesen

Hartmann K., Lilienthal H., Abu-Hashim M., Al-Hassoun R., Eis Y., Stöven K., Schnug E., 2009: Vergleichende Untersuchungen der Infiltrationseigenschaften von konventionell und ökologisch bewirtschafteten Böden. Fallstudie des Julius Kühn-Instituts im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz (BfN).

Bei Interesse können Sie diese Publikation als PDF bei den Autoren (E-Mail: pb@jki.bund.de) beziehen.

Mehr Informationen:

Prof. Dr. Ewald Schnug
Dr. Holger Lilienthal
Julius Kühn-Institut (JKI)
Institut für Pflanzenbau und Bodenkunde
Telefon: 05 31 / 596 21 01
E-Mail: pb@jki.bund.de

Effizienter bewässern durch drahtlose Sensornetzwerke

Von Christof Hübner, Klaus Spohrer und Kurt Köhler

Klimawandel und eine rasant steigende Weltbevölkerung machen einen effizienten Umgang mit der knappen Ressource Wasser unumgänglich. Dazu zählt auch eine optimierte landwirtschaftliche Bewässerung. Ein neu entwickelter Multiparametersensor zur Bestimmung der Bodenfeuchte und ein Funksystem zur Vernetzung der Sensoren machen eine punktgenaue Wassergabe möglich.

Die Anpassung der Bewässerungshöhe an die lokale Wasserverfügbarkeit und an die Speicherkapazität des Bodens – die so genannte teilflächenspezifische Bewässerung – spielt eine Schlüsselrolle auf dem Weg zu einer effizienteren Bewässerung. Hierfür müssen aber der aktuelle Bodenfeuchtegehalt und dessen Änderungen ganz genau bestimmt werden können.

Hochgenauer und robuster Sensor

Zu diesem Zweck hat die Firma IMKO Micromodultechnik GmbH einen Multiparametersensor (Abbildung, links) entwickelt. Mit seiner Hilfe kann der Wassergehalt im Boden über eine hochgenaue Technik (TDR = time domain reflectometry) zuverlässig bestimmt werden. Darüber hinaus ist der Sensor weitgehend unempfindlich gegenüber störenden Änderungen der Bodensalzkonzentration; er kann diese über die Bestimmung der elektrischen Leitfähigkeit sogar messen. Zusätzlich verfügt der Sensor über einen Temperaturmesser.

Vernetzung über Funk ...

Zur drahtlosen Vernetzung der einzelnen Multiparametersensoren entwickelte die Hochschule Mannheim ein Funksystem. Dieses besteht aus Funkknoten (Abbildung, rechts), die im 868-MHz-Frequenzbereich senden und empfangen. Im freien Feld sind Reichweiten von bis zu 20 Kilometern möglich. Die Funkknoten leiten die Messdaten an eine Zentralstation weiter, von wo aus sie via Mobilfunk zu einer Datenbank gesendet werden. Die dort gesammelten Daten können über eine Web-Schnittstelle überwacht, ausgewertet und zur Planung und Automatisierung einer teilflächenspezifischen Bewässerung herangezogen werden. Die Funkknoten werden durch vier Mignonzellen mit Spannung versorgt; diese halten bei einer stündlichen Erfassung und Übertragung der Messwerte etwa ein Jahr lang.

... ermöglicht zielgenaue Bewässerungsplanung

Auf Basis dieser Messdaten führte die

Universität Hohenheim eine ressourceneffiziente Bewässerungsplanung für landwirtschaftliche Feldfrüchte durch. Zudem entwickelte sie ein neues Bewässerungsventil zur teilflächenspezifischen Tropfbewässerung. Dabei muss grundlegend entschieden werden, ob man durch die Bewässerung lediglich eine ausreichende Wasserversorgung sicherstellen oder ob man die Qualität und Quantität der Feldfrüchte optimieren will. Im ersten Fall können die mit dem Feuchtesensor gemessenen Bodenwassergehalte direkt in Bewässerungsbefehle umgesetzt werden. Im zweiten Fall spielen neben einer ausreichenden Wasserversorgung weitere pflanzenspezifische Kriterien wie Infiltrationstiefe oder Wasserstatus der Pflanze eine Rolle. Um beispielsweise die Qualität in der Traubenproduktion zu steigern, sollte die Bewässerung erst bei beginnendem Wasserstress gestartet werden. Hierfür erarbeitet die Universität Hohenheim gegenwärtig einen Ansatz, um den Wasserstatus von Reben mittels Wassergehaltsmessungen im Boden bestimmen zu können.

Abb.: Multiparametersensor (rechts) und Funkmodul (links)



Bild: Hochschule Mannheim



Bild: IMKO Micromodultechnik GmbH

Das Forschungsprojekt

Das Forschungsprojekt „Integriertes Pflanzenmanagement durch drahtlose Sensornetzwerke (IPM)“ wurde 2008 bis 2010 vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Rahmen seines Programms zur Innovationsförderung gefördert.

Mehr Informationen:

Prof. Dr. Christof Hübner
Hochschule Mannheim
Telefon 06 21 / 292 62 51
E-Mail: c.huebner@hs-mannheim.de

Biomasse-Beratung nutzen!

Von Petra Becker

Immer mehr Landwirte denken darüber nach, in die Produktion von Biomasse einzusteigen. Produzenten, aber auch Nutzer von Bioenergie sowie alle anderen Interessierten können deshalb die kostenlose und praxisnahe Bioenergieberatung der Bundesländer in Anspruch nehmen.

Das Beratungs- und Informationsangebot „Regionale Bioenergieberatung und Öffentlichkeitsarbeit Energiepflanzen“ ist ein Bestandteil des Aktionsprogramms „Energie für morgen – Chancen für ländliche Räume“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Es wird seit dem 1. September 2009 über die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) gefördert.

Vom Landwirt bis zum Schüler

Die kostenlose Beratung betrifft sowohl Fragen der effizienten und ökologisch nachhaltigen Erzeugung von Bioenergie als auch deren Nutzung im ländlichen Raum. Land- und Forstwirte können sich vor Ort individuell beraten, ihren Betrieb analysieren und ein Grobkonzept erstellen lassen. Für die endgültige technische Umsetzung der Vorhaben muss dann ein Ingenieurbüro beauftragt werden; hierfür benennen die Beratungsstellen geeignete Ansprechpartner. Um auf regionaler Ebene „runde“ Bioenergiekonzepte umzusetzen, bedarf es aber auch regionaler Bioenergienetzwerke. Deshalb soll auch das Interesse der lokalen und regionalen Bevölkerung ge-

weckt werden – durch Besuchsangebote auf Demonstrationsbetrieben, die Präsenz auf regionalen und lokalen Veranstaltungen, Pressearbeit und die Bereitstellung von kostenlosem Informationsmaterial der FNR. Auch Schulen, Volkshochschulen und andere weiterbildende Einrichtungen können das Informationsmaterial und die Beratungsgespräche in Anspruch nehmen.

Beratungsinstitutionen mit vielen Partnern...

In jedem Bundesland ist eine Institution mit der Bioenergieberatung betraut, die jeweiligen Ansprechpartner finden sich auf dem Portal www.bioenergie-portal.info (siehe Kasten). Jede Beratungsinstitution arbeitet eng mit einem bereits bestehenden und ständig erweiterten Netzwerk von Partnern wie der landwirtschaftlichen Officialberatung (staatlich), den Landes-Forschungseinrichtungen, Universitäten und Fachhochschulen zusammen, vor allem aber mit landwirtschaftlichen Organisationen wie den Maschinenringen und den Bauern- und Winzerverbänden. Interessenten können den Erstkontakt telefonisch herstellen; sie können aber auch die auf

www.bioenergie-portal.info hinterlegten Formulare ausfüllen und abschicken, diese erleichtern die fachliche Einordnung des Beratungswunsches.

... und verschiedenen Schwerpunkten

Naturgemäß hat jede Beratungsinstitution ihre historisch gewachsenen Kernkompetenzen und Beratungsschwerpunkte, die sich unter anderem aus den unterschiedlichen Agrarstrukturen der Länder ergeben. Die Institutionen ergänzen sich jedoch untereinander, da ihre Vertreter eng vernetzt arbeiten und sich regelmäßig treffen. An den Landesanstalten für Landwirtschaft in Baden-Württemberg und Sachsen spielt durch das eigene Versuchswesen beispielsweise der Energiepflanzenanbau eine wich-



tige Rolle; in Schleswig-Holstein hat sich ähnlich wie in Niedersachsen Biogas als Beratungsschwerpunkt herauskristallisiert. In Rheinland-Pfalz wird hauptsächlich zu Holz und anderen Festbrennstoffen sowie zu Biogas beraten. Hier und im Saarland ist die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) für die Beratung zuständig. Sie vertieft zurzeit ihre Zusammenarbeit mit Kommunen im Bereich des Klimaschutzes (www.klimaschutz-tag.de) und mit Bürgermeistern, die Bioenergiedörfer etablieren wollen.

Wichtig ist es allen Beratern, dass die Zusammenarbeit mit der bestehenden Offizialberatung und den Landesbehörden gut funktioniert. Beabsichtigt ist nicht ein Konkurrenzverhältnis zu den bestehenden Strukturen, vielmehr sollen Synergien und Ergänzungen zum vorhandenen Beratungsangebot geschaffen werden.

„Gute Praxis“ vor Ort

Auch die enge Zusammenarbeit mit den 25 Landkreisen, die 2009 den Bundeswettbewerb „Bioenergie-Regionen“ gewonnen haben, spielt eine wichtige Rolle. In diesen Landkreisen sind verschiedene Bioenergiequellen besonders effizient miteinander verbunden und tragen zur regionalen Wertschöpfung bei. Die individuelle Beratung vor Ort durch die Bioenergieberatung

der Länder kann das Angebot an projektbezogenen Aktivitäten optimal ergänzen. In den Bioenergieregionen wird ab Frühjahr 2011 die „Ländertour Best Practice“ durchgeführt. In dieser Reihe aus bundesweit zwölf Veranstaltungen sollen allen Interessierten Vorzeige-Betriebe der Bioenergieerzeugung und -nutzung vorgestellt werden, die sich durch technologisch ausgereifte Konzepte auszeichnen und (neue) Bioenergie-Impulse für die Region geben können. Unterstützt werden sie dabei durch die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe und die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft e.V. (DLG). Die Veranstaltungen richten sich an Land- und Forstwirte sowie an Vertreter anderer Wirtschaftsbereiche, die Biomasse erzeugen und nutzen, aber auch an Verwaltungs- und Kommunalvertreter sowie an Umweltverbände und an die interessierte Öffentlichkeit. Der Auftakt zur Ländertour findet am 26. Januar 2011 im Rahmen der Messe nature.tec in Berlin statt.

Vermittlung bei Interessenkonflikten

Der Umfang der Biomasseproduktion und speziell des Energiepflanzenanbaus variiert von Bundesland zu Bundesland erheblich. Dasselbe gilt innerhalb der Bundesländer für die Akzeptanz gegenüber der Bioenergieerzeugung. Während in den Ackerbauregionen sowohl Landwirte als auch Bevölkerung dem Ausbau der Bioenergie weitgehend positiv gegenüberstehen, ist die Akzeptanz in den Veredlungs- und Mischregionen – zum Beispiel in Rheinland-Pfalz, Hessen und Niedersachsen – sehr gering. Grund ist die zunehmende Flächenkonkurrenz zwischen der Nahrungsmittel-, Futtermittel- und Bioenergieproduktion, die sich unter anderem in steigenden Pacht- und Futterpreisen äußert. Auch hier setzt die Bioenergieberatung an, indem sie zwischen den kontroversen Meinungen und unterschiedlichen Gruppen vermittelt und gezielt über Möglichkeiten eines ökologisch und ökonomisch sinnvollen Energiepflanzenanbaus informiert.

Die Rückmeldungen der Beratungskunden zeigen, dass sie die Neutralität und Produktunabhängigkeit der Beratung sowie die schnelle Abwicklung der Anfragen schätzen. Die von den Beratern organisierten Veranstaltungen und Exkursionen zu Demonstrationsbetrieben oder Bioenergiedörfern, aber auch die Seminare und Informationsveranstaltungen verschaffen praxisnahe und realistische Eindrücke und unterstützen die Einführung von technischen und logistischen Innovationen.



Bild: cw-design / Photocase

www.bioenergie-portal.info

Das Portal www.bioenergie-portal.info informiert zu Bioenergie-Themen von bundesweiter Relevanz, aber auch über Beratungsaktivitäten, Veranstaltungen, Demonstrationsbetriebe und (förder)rechtliche Rahmenbedingungen in den Ländern. Neue Informationen werden von den Beratungsinstitutionen laufend eingestellt. Zudem bietet das Portal umfangreiches Adressmaterial, das ständig aktualisiert wird. Außerdem kann das so genannte RSS-Feed abonniert werden – ein kostenloser Nachrichtendienst, der sekundenaktuell über Neuigkeiten im Portal informiert.

Mehr Informationen:

Petra Becker
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Referat 323 – Bioenergieberatung
E-Mail: petra-annette.becker@ble.de

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.
Telefon: 0 38 43 / 69 30 0
E-Mail: info@fnr.de
www.fnr.de



Bild: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.

Europäischer Rechnungshof nimmt Leader ins Visier

Von Frank Bartelt

Im ersten Halbjahr 2009 prüfte der Europäische Rechnungshof in verschiedenen Mitgliedstaaten die Umsetzung von LEADER+ (2000–2006) und – soweit damals möglich – Leader als 4. Schwerpunkt der ELER-VO (2007–2013). In seinem nun erschienenen Sonderbericht hat er zahlreiche Kritikpunkte angeführt – zu Recht?

In Deutschland führte die Prüfreise des Europäischen Rechnungshofes (ERH) nach Bayern und Mecklenburg-Vorpommern. Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) hat diese Prüfungen begleitet. Dabei sollte beurteilt werden, ob Leader so umgesetzt wurde, dass sich für die Entwicklung des ländlichen Raums ein zusätzlicher Nutzen („Mehrwert“) ergibt. Der offizielle Sonderbericht des ERH an die EU-Kommission wurde am 16. November 2010 veröffentlicht (siehe Kasten). Dabei wurden folgende Kritikpunkte genannt:

Kritik des ERH zu LEADER+

- LAG-Mitglieder dominieren als Projektträger;
- Nur wenige LAGn waren innovativ und hatten sektorübergreifende Strategien und Projekte; der spezifische „Mehrwert“ von Leader war nicht erkennbar;
- Fehlende Begleitung und Bewertung auf LAG-Ebene bezüglich der Zielerreichung;
- Mangelnde Dokumentation und Transparenz der Entscheidungsfindung auf LAG-Ebene;
- Mangelnde Überwachung von Regeln zur Vermeidung von Interessenkonflikten;
- „Mittelabfluss“ ging vor „Qualität“;
- Unflexible Verfahrensabläufe und lange Bewilligungsverfahren trotz zusätzlicher Mittel für die Verwaltung.

Zusätzliche Kritik zu Leader in der ELER-VO

- Die Mitgliedstaaten haben de facto ein Top-down-System geschaffen;
- Die EU-Kommission hätte das Vorhandensein der wesentlichen Elemente des Leader-Ansatzes bei der Programmgenehmigung stärker überwachen müssen;
- Die Mitgliedstaaten haben „schwache“, „beliebige“ und „austauschbare“ Entwicklungsstrategien ausgewählt;
- EU-Kommission und Mitgliedstaaten waren insgesamt zu anspruchslos bei Programmgestaltung und -genehmigung. Innovative Ansätze kamen zu kurz.

Was ist „fair und transparent“?

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) möchte von deutscher Seite feststellen, dass sowohl einige Aspekte des Prüfansatzes als auch einige Feststellungen des ERH diskussionswürdig oder zum Teil widersprüchlich sind. So wertet der ERH zum Beispiel die Zugehörigkeit eines Projektträgers zum LAG-Entscheidungsgremium als unvereinbar mit einem fairen und transparenten Verfahren. Diese Bewertung impliziert die idealisierte Vorstellung, LAG-Mitglieder würden sich dieser verantwortungsvollen Aufgabe ehrenamtlich widmen, weil sie ausschließlich edel, hilfreich und gut sein wollen. Wichtiger ist es doch, in diesen Entscheidungsgremien alle relevanten Interessengruppen der Region gleichberechtigt zu beteiligen. Dass diese dann als Projektträger auch ihre eigenen Vorstellungen zur Gestaltung eines geförderten Projektes realisieren wollen, ist durchaus legitim – und motiviert gleichzeitig dazu, sich in einer LAG auch über den eigenen Wirkungskreis hinaus für die Belange der Region einzusetzen.

ERH kritisiert Bürokratie – und fordert sie zugleich ein

Der ERH beklagt nicht zu Unrecht übermäßige bürokratische Hürden bei der Förderabwicklung. Zugleich fordert er aber

mehr Dokumentation, zum Beispiel bezüglich Transparenz der LAG-Entscheidungen, LAG-interner Begleitung und Bewertung und gegebenenfalls Haushaltsführung. Dies bedeutet jedoch mehr Bürokratie, denn die zuständigen Behörden würden den Nachweis über die Erfüllung dieser Anforderungen im Top-Down-Verfahren fordern. Das BMELV vertritt zwar die Auffassung, dass es hier bei einigen LAGn durchaus Verbesserungsbedarf gibt. Diese Verbesserungen müssen aber auf lokaler Ebene entwickelt und durchgeführt werden und sich auch an dem orientieren, was in einer LAG machbar ist.

Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes zu Leader

Der Sonderbericht Nr. 5 des Europäischen Rechnungshofes „Umsetzung des Leader-Konzepts zur Entwicklung des ländlichen Raums“ steht unter www.eca.europa.eu > Veröffentlichungen > Sonderberichte zum Download bereit.

Mehr Informationen:

Frank Bartelt
Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Telefon: 02 28 / 995 29 36 41
E-Mail: frank.bartelt@bmelv.bund.de



Bild: Bearbeitung graphodata AG

Obsttourismus 2.0

Von Kai Gildhorn

Jedes Jahr verderben in Deutschland kiloweise herrliche Früchte – an vergessenen Ostbäumen, die Landstraßen säumen, in verlassenen Gärten oder auf Grundstücken von Menschen, die keine Zeit für die Ernte haben. Die Initiatoren der Website mundraub.org sind angetreten, dies zu ändern – und zeigen damit gleichzeitig pfiffige Ideen für die regionale Vermarktung auf.



Bild: Cydonna / Photocase

finden sich auch viele Bäume, die infolge von Nutzungsaufgabe von der Rodung bedroht sind. Mittlerweile hat sich die Website zur Diskussionsplattform entwickelt, auf der es nicht nur um freies Obst und alte Sorten, sondern auch um Nutzungsalternativen und Kindheitserinnerungen geht. Auch sind aus ihr bereits weitere eigenständige Initiativen entstanden, zum Beispiel „Suche Obst – biete Marmelade“ im bayerischen Freising. Ein anderer Nutzer verspricht mit seinem Eintrag „alle Apfelsorten Deutschlands“ – und tatsächlich befand sich an der von ihm angegebenen Stelle vor vierzig Jahren eine zentrale Obstsaatgut-Produktionsanlage.

Chance für den Tourismus

Die große Reichweite von www.mundraub.org und die Wahrnehmung als charmante Marke bieten ganz neue Chancen der regionalen Vermarktung. So verführt das Stöbern auf der Mundraub-Karte viele Menschen dazu, ländliche Regionen zu besuchen, die sie vorher gar nicht kannten. Regionale Akteure erkennen plötzlich, dass sie keine Barockschlösser brauchen, um Menschen in die Region zu holen: Auch ungenutztes Obst bietet die Chance, durch seine Einbindung in gastronomische und touristische Angebote das regionale Profil für den sanften Tourismus zu entwickeln. So begrüßt etwa das Vogtland die Initiative mit folgenden Worten: „Wer das Obst nutzen möchte, kann zugreifen, kann es essen, kann es verwerten – es ist eine sehr gute und sinnvolle Aktion“. Das Schweriner Verkehrsministerium erklärt: „Wir haben nichts dagegen, wenn an unseren Straßen Obst geerntet wird, es sollte dabei aber auf die Verkehrssicherheit geachtet werden“.

Wie geht es weiter?

Die große Herausforderung ist jetzt, das Konzept des freien Obstes mit regionalen Nutzungskonzepten, aber auch mit der Pflege und Neupflanzung von regionalen Obstbeständen zusammenzubringen und Konflikte zwischen „Mundraubern“, Baum-

und Grundstücksbesitzern sowie Naturschützern zu vermeiden.

Es ist sicherlich nur eine Frage der Zeit, wann die erste Mundraub-Region oder das erste Mundraub-Hotel gegründet werden. 2011 will die Mundraub gGmbH mit zehn Pilotregionen in Deutschland und Österreich starten. Auf Ihre Ideen und Bewerbungen freuen wir uns!



Bild: Shutterstock

Die Spielregeln

Achtung, auch beim „mundraubern“ gilt es, Regeln zu beachten: Nur Obstbäume, die vom Eigentümer freigegeben sind, dürfen gemeldet und beerntet werden. Also Finger weg von Gartengrundstücken, eingezäunten Wiesen etc. Und natürlich sollte Rücksicht auf die Bäume, die umgebende Natur und andere Nutzer genommen werden. Das heißt, es wird nur so viel geerntet, wie man tragen kann!

Die touristische Spaßgesellschaft wird heute abgelöst durch eine neue Lust an eigenverantwortlicher Betätigung – zu diesem Ergebnis kommt zumindest eine Studie des Zukunftsinstituts im hessischen Kelkheim. Einen Beweis für diese Entwicklung liefert auch der Erfolg eines neuen nicht-kommerziellen Web-2.0-Angebotes: Jeder, der ungenutzte Obstbäume in der Landschaft entdeckt, kann diese Fundstelle auf www.mundraub.org eintragen. Davon profitieren dann diejenigen, die das Obst gerne nutzen möchten.

Viel mehr als nur Obstbaumstandorte

In den ersten zehn Monaten des Jahres 2010 konnte die Website bereits eine halbe Million Seitenzugriffe verzeichnen. Mehr als 2.500 Obst-Fundstellen in ganz Deutschland sind bereits eingetragen; darunter be-

Mehr Informationen:

Kai Gildhorn
Telefon: 030 / 89 61 72 63
E-Mail: info@mundraub.org
www.mundraub.org

Fleisch verarbeitende Landwirte schließen sich zusammen



Von Hans-Jürgen Müller und Andrea Fink-Keßler

Obwohl Landwirte, die selbst schlachten und Fleisch verarbeiten, viel für die regionale Wertschöpfung tun, hatten sie bis vor kurzem keine Lobby. Im März 2010 haben sich nun zwei Dutzend von ihnen zum Verband der Landwirte mit handwerklicher Fleischverarbeitung zusammengeschlossen. Ein Schritt, der dringend nötig war, wie die beiden Initiatoren verdeutlichen.

Fleischhandwerker – also Landwirte, Metzger und kleine regionale Schlachthöfe – bilden seit jeher das Rückgrat der regionalen Fleischvermarktung. Sie kooperieren und teilen sich die Arbeit des Schlachtens, Zerlegens, Verarbeitens und der Vermarktung von Fleisch und Fleischzeugnissen. Ihre Kooperation macht es möglich, dass Schaf- und Mutterkuhhalter das Grünland pflegen und sich durch Direktvermarktung ein Einkommen erwirtschaften oder dass kleine Schweinemast- und Geflügelbetriebe qualitativ hochwertige regionale Spezialitäten herstellen. Jeder, der vor Ort schlachtet, erspart den Tieren weite und stressige Wege. Verbraucher profitieren von dieser Zusammenarbeit, denn die Herkunft des Fleisches ist transparent. Auch dies gehört zu einer guten Lebensmittelqualität.

Dabei gelten für Fleisch verarbeitende Landwirte noch einmal ganz besondere Bedingungen, die selbst mit denen kleiner Schlachtereien oder Metzgereien oft nicht vergleichbar sind: Erzeugung, Schlachtung, Verarbeitung und Vermarktung sind räumlich und personell eng miteinander verbunden. Auch wird oft nur saisonal geschlachtet, und häufig kommt die Kundschaft direkt auf den Hof.

Strenge Auflagen bereiten Kopfzerbrechen

Die Schlachtung ist das sensibelste Glied in dieser Kette, mit ihr steht und fällt die gesamte regionale Fleischvermarktung. Doch sie gerät immer stärker unter Druck. Rechtliche Vorgaben wie die neue EU-Tierschutz-Schlachtverordnung und vor allem die seit 2006 geänderte EU-Hygieneverordnung setzen die steigenden gesellschaftlichen Anforderungen an Tierschutz und Lebensmittelsicherheit um. Mit der Änderung der EU-Hygieneverordnung müssen nun zum Beispiel *alle* Schlachttstätten – also auch landwirtschaftliche Betriebe, bei denen die Tiere direkt auf dem Hof geschlachtet werden – seit Ablauf der Übergangsfrist Ende 2009 eine EU-Zulassung vorweisen. Außerdem sollen die Rückverfolgbarkeit und Abfallentsorgung wie in der industriellen Fleischproduktion sichergestellt und dokumentiert werden. Deshalb müssen die Betriebe nun die Aufgaben der staatlichen Lebensmittelkontrolle durch schriftlich zu dokumentierende Eigenkontrollen unterstützen.

Viele geforderte Maßnahmen sind sicherlich sinnvoll: Betriebsabläufe neu überdenken, eigene Formen der Qualitätssicherung

sowie Transparenz in allen Abläufen entwickeln etc.. Aber sie bedeuten auch einen deutlichen Mehraufwand am Schreibtisch – ein Ort, an dem sich viele Fleischhandwerker ohnehin nicht so gerne aufhalten, da sie hier kein Geld verdienen.

Dabei ist der rechtliche Aspekt nur eine Seite der Medaille; die andere Seite ist eher persönlich, und über sie wird ungern gesprochen: das Töten von Tieren. Blutig, schwierig und mit viel Verantwortung für Tier und Mensch verbunden. Die gesellschaftliche Tabuisierung dieser Tätigkeit und ihre Delegation an große zentrale Schlachtunternehmen macht auch den Fleischhandwerkern zu schaffen.

Keine Hilfe weit und breit

Während die jeweiligen Handwerksinnungen ihre Metzgereien bei der Umsetzung der neuen EU-Hygieneverordnung berieten und begleiteten, war für die Landwirte niemand zuständig. Die Zulassungsbehörden waren oft selbst überfordert mit den neuen und flexibel gestalteten Auflagen. Häufig reagierten sie mit Anforderungen, die den kleinen, teilweise nur saisonal und immer in geringen Stückzahlen schlachtenden Betrieben völlig unangemessen waren.



©BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler



©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan



©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Die Landwirte wiederum erhielten in der Regel keine unabhängigen Informationen darüber, wie die neue Rechtslage auf ihrem Betrieb zu interpretieren sei – eine unbedingte Notwendigkeit, um in einen Aushandlungsprozess mit der Behörde treten und Entscheidungen auch zu den eigenen Gunsten beeinflussen zu können. Zwar waren all diese Probleme nicht überraschend, denn niemand war auf den Umgang mit den flexibilisierten Vorschriften wirklich vorbereitet. Viel schwerer wiegt jedoch, dass die Meinung der Fleisch verarbeitenden Landwirte im Vorfeld – also im Rahmen der Anhörungen zu den EU-Verordnungen – gar nicht eingeholt worden war.

Vom Forschungs- und Beratungsprojekt...

All diese Tatsachen führten dazu, dass wir zunächst ein Forschungs- und Beratungsprojekt initiierten. Wir – das sind Hans-Jürgen Müller, Biolandwirt mit Fleischdirektvermarktung auf Gut Fahrenbach bei Witzenhausen (Hessen), und Andrea Fink-Keßler vom Büro für Agrar- und Regionalentwicklung in Kassel. Das Projekt erhielt 2008 bis 2010 finanzielle Unterstützung vom Bundesprogramm Ökologischer Landbau.

Das Projektteam hat bundesweit zahlreiche Landwirte, lokale Schlachtstätten und Gemeinschaftsschlachtstätten über die Verordnungen und ihre Interpretationsspielräume informiert. Mehr als 20 Betriebe

haben wir persönlich beraten und neun Betriebe konkret auf dem Weg zur EU-Zulassung begleitet. Mehr als hundert weitere Landwirte forderten den im Projekt erstellten Leitfaden zur Zulassung an und profitierten in dieser Form ebenfalls von den Beratungserfahrungen. Auch die Veterinäre der Überwachungs- und Zulassungsbehörden hat das Team über die speziellen Bedingungen landwirtschaftlicher Betriebe mit eigener Schlachtung und Fleischverarbeitung informiert.

...zur Vereinsgründung

Um den Landwirten schließlich zu einer gemeinsamen Stimme zu verhelfen, gründeten 24 Berufskollegen in Nordhessen im März 2010 den Verband der Landwirte mit handwerklicher Fleischverarbeitung (Schwerpunkt ökologische Erzeugung) – vlhf. Trotz des Schwerpunktes auf der ökologischen Erzeugung sind auch alle anderen Betriebe willkommen, denn die Probleme rund um das Schlachten und Verarbeiten sind oftmals dieselben. Erfreulich ist, dass bereits zwei junge Metzgermeister für das Beratungsteam gewonnen werden konnten.

Als eine der ersten Aktivitäten vertrat der Verband die Interessen der ländlichen Fleischhandwerker im September 2010 auf einer Anhörung im Landtag Schleswig-Holstein, bei der es darum ging, wer die Kosten für die neuen, aufwendigen Lebensmittelkontrollen zu übernehmen hat – hierzu gibt es jedoch leider noch keine Entscheidung.

Rechtlich immer up to date

Das Fleischhandwerk muss sich ständig weiterentwickeln, um auch künftig die gesellschaftlichen Wünsche nach Lebensmittelsicherheit und Qualität erfüllen zu können. Mit Seminaren und Weiterbildungsmaßnahmen wird der Verband diese Themen aufgreifen. Tierschutzgerechtes Betäuben und Schlachten – wie es die neue EU-Tierschutzschlachtverordnung fordert – wird ein erstes Thema sein. Die persönliche Beratung der Betriebe und die Bereitstellung von Informationen, vor allem zur aktuellen Rechtslage, bleiben aber Kernanliegen des Verbandes.

vlhf Verband der Landwirte mit handwerklicher Fleischverarbeitung (Schwerpunkt ökologische Erzeugung) e.V.

Mehr Informationen:

Verband der Landwirte mit handwerklicher Fleischverarbeitung e.V. (vlhf)
Dr. Andrea Fink-Keßler
Telefon: 05 61 / 81 64 25 76
E-Mail: info@biofleischhandwerk.de
www.biofleischhandwerk.de

Hans-Jürgen Müller
Vorstandsvorsitzender
Gut Fahrenbach
Telefon: 05 5 42 / 63 88
E-Mail: mueller@gutfahrenbach.de



Demografiegerechte Förderung

Von Isabell Friess

Wird die Förderung in den neuen Bundesländern dem demografischen Wandel gerecht? Das ist die zentrale Frage einer 2010 erschienenen Studie des Bundesinnenministeriums.

Analysiert wurden dabei: Programme, die sich aus EFRE, ESF oder ELER speisen; INTERREG; die Bund-Länderprogramme GRW, GAK und Städtebauförderung; die Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank; das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und das Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Förderinstrumente wurden 13 Bereichen der Daseinsvorsorge zugeordnet und qualitativ bewertet: Werden der Umbau von Infrastrukturen oder modellhafte Ansätze unterstützt? Fazit der Studie: Die Fördermaßnahmen sind nur eingeschränkt effizient. Die Autoren plädieren deshalb für eine stärkere ressortübergreifende Zusammenarbeit und Bündelung der Programme.

Die Studie gibt detailliert die bestehende Förderkulisse wider und eignet sich auch als praktisches Nachschlagewerk.

Landesgesellschaften Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, 2010: Maßnahmen von Bund und den neuen Ländern für eine abgestimmte Politik in den ländlichen Regionen unter dem Aspekt des demografischen Wandels. 125 Seiten. Kostenloser Download unter: www.blg-berlin.de

Biodiversität erhalten und nutzen

Von Sabrina Gundert

Von 2000 bis 2010 hat das Bundesforschungsministerium (BMBF) das Programm „Biodiversität und globaler Wandel“ (BIOLOG) gefördert. Das Buch „Fokus Biodiversität“ stellt die Ergebnisse dieses Programms in allgemein verständlicher Form dar; es spiegelt gleichzeitig die Breite der aktuellen Biodiversitätsforschung in Deutschland wider.

Zu Beginn diskutiert ein Theorieteil verschiedene Fragen: Was ist Biodiversität und ist ihr Wert messbar? Welche Dienstleistungen bringen Ökosysteme hervor? Wie steht es gegenwärtig um die biologische Vielfalt in Deutschland und wie kann sie zukünftig in den Kulturlandschaften gesichert werden? Im Anschluss wird die Theorie anhand verschiedener Fallbeispiele mit Grafiken, Fotos, Diagrammen und Tabellen veranschaulicht. So wird etwa das Modellvorhaben des Landkreises Northeim in Niedersachsen vorgestellt. Es honoriert die ökologischen Leistungen der Landwirtschaft ergebnisorientiert und mithilfe von Ausschreibungen. Ein Ausblick rundet das Buch ab.

Interessant ist vor allem die interdisziplinäre Sichtweise der Autoren, die aus unterschiedlichen Fachgebieten stammen. Ob interessierter Laie oder Wissenschaftler – das Buch gibt in kurzen, übersichtlichen Beiträgen einen guten, praxisnahen Einblick in das Thema Biodiversität. Auch empfiehlt es sich als Nachschlagewerk oder praktischer Ideengeber für weitere Projekte und Maßnahmen rund um den Schutz der biologischen Vielfalt.

Stefan Hotes, Volkmar Wolters (Hrsg.), 2010: Fokus Biodiversität. Wie Biodiversität in der Kulturlandschaft erhalten und nachhaltig genutzt werden kann. oekom Verlag, München, 347 Seiten. ISBN: 978-3-86581-172-1

Effiziente Kooperationen von Stadtwerken

Von Steffen Ortwein

Stadtwerke stehen vor steigenden Herausforderungen: Sie müssen sich am Markt behaupten und zugleich den Verpflichtungen der Daseinsvorsorge gerecht werden. Dazu sind geeignete Unternehmensstrategien gefragt. Eine jetzt veröffentlichte Studie der Universität Leipzig in Zusammenarbeit mit der HypoVereinsbank untersuchte mithilfe einer Befragung von Stadtwerken deren Erfahrungen und Erwartungen hinsichtlich eingegangener und geplanter Kooperationen. Die 82 Teilnehmer der Befragung geben die Notwendigkeit einer strategischen Neuorientierung des Gesamtunternehmens überwiegend als „hoch“ an. Mit Kooperationen in einzelnen Unternehmensteilen erhoffen sich die Stadtwerke, neben finanziellen Mitteln zum Beispiel auch Know-how und technische Ausstattung bündeln zu können, um damit Risiken zu minimieren. Die meisten Kooperationserfahrungen machten die befragten Unternehmen in Bereichen wie Strom- und Gasbeschaffung, Messwesen sowie EDV- und Abrechnungsdienste. Während letztlich knapp die Hälfte der Stadtwerke zukünftig plant, weitere Kooperationen einzugehen, zeigen sich rund 40 Prozent der Befragten in dieser spannenden Frage jedoch weiter unentschlossen.

Die Ergebnisse der Expertenbefragung werden durchgängig sehr gut mit grafischen Darstellungen veranschaulicht.

Thomas Lenk, Oliver Rottmann, 2010: „Mehr als die Summe ihrer Teile – Effiziente Kooperationen von Stadtwerken“. Studie in Kooperation mit der HypoVereinsbank AG, 40 Seiten. Kostenloser Download unter www.uni-leipzig.de/fwiw/Kompetenzzentrum

„Landentwicklung aktuell“

In der Ausgabe 2010 des BLG-Magazins „Landentwicklung aktuell“ dreht sich alles um die ländliche Entwicklung nach 2013. Natürlich spielt auch hier der demografische Wandel eine wichtige Rolle. Das Magazin kann beim Bundesverband der gemeinnützigen Landesgesellschaften (BLG) unter blg-berlin@t-online.de bestellt oder unter www.blg-berlin.de heruntergeladen werden.

... angekündigt

von Stefan Kämper

Zukunft Land – Wertschöpfung und Perspektiven nach 2013

Am **26. und 27. Januar 2011** veranstaltet das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) auf der Internationalen Grünen Woche in **Berlin** zum vierten Mal das **Zukunftsforum ländliche Entwicklung**.

Die Sicherung lebendiger ländlicher Räume ist untrennbar mit der Erschließung von Wertschöpfungspotenzialen verbunden. Auf dem Zukunftsforum 2011 werden deshalb moderne Ansätze zur Erhöhung der Wertschöpfung vorgestellt. Dabei wird erörtert, wie ländliche Entwicklung unter den zukünftigen agrarpolitischen Rahmenbedingungen gestaltet werden kann. 18 Begleitveranstaltungen bieten die Gelegenheit, eine breite Themenpalette zu diskutieren. Das Spektrum reicht von verschiedenen Perspektiven zum Leitthema Wertschöpfung und Diversifizierung über erneuerbare Energien, kooperative Ansätze in Regionalentwicklung, Natur- und Wasserschutz sowie in der kommunalen Entwicklung, die Verfügbarkeit von Fachkräften und die medizinische Versorgung ländlicher Räume bis zu Beiträgen, die sich mit Politik und Perspektiven für ländliche Räume nach 2014 beschäftigen.

Am 26. Januar 2010 findet ein Stehempfang statt (19.30 Uhr, Halle 21b, Messegelände). Die Teilnahme am Zukunftsforum und am Empfang ist kostenfrei.

Mehr Informationen, Programm und Anmeldung zu den Haupt- und Begleitveranstaltungen sowie zum Stehempfang des BMELV: www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de
Anmeldeschluss ist der 7. Januar 2010.

Informationen zur Begleitveranstaltung von Deutschem Städte- und Gemeindebund (DStGB), Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und DVS auf S. 9.



Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

**Zukunft für ländliche Räume – Infrastrukturversorgung nachhaltig stärken****Menschen und Erfolge – Vorankündigung des Wettbewerbs**

Der Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ wird vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag im Rahmen der „Initiative Ländliche Infrastruktur“ ausgeschrieben.

Gesucht werden Projekte, mit denen Politik, Wirtschaft sowie Einzelpersonen oder Personengruppen kooperative Lösungen für die Infrastrukturversorgung in ländli-

chen Räumen entwickeln. Mit dem Wettbewerb soll der bislang nur teilweise bekannte Fundus guter Beispiele erweitert werden. Es geht darum, Aufmerksamkeit zu schaffen, die Identifikation, das Engagement und den Ideenreichtum der Menschen hinter den Projekten zu würdigen und den fachlichen Dialog über „Gute Praxis“ zu fördern.

Ausgezeichnet werden Akteure umgesetzt oder in Umsetzung befindlicher Vorhaben, deren Erfolg bereits sichtbar ist, nicht

jedoch Pläne und projektierte Maßnahmen. Besonders willkommen sind integrierte Ansätze, die verschiedene Aufgaben der Entwicklung ländlicher Räume und der Infrastrukturversorgung miteinander verknüpfen.

Teilnahmeunterlagen sind ab Januar 2011 unter www.bmvbs.bund.de oder bei der Geschäftsstelle des Wettbewerbs, c/o Urbanizers, Xantener Straße 18, 10707 Berlin, erhältlich.

Lust auf Lösungen ...

... ist der Titel einer Tagung, die am **17. Februar 2011 in Osnabrück** stattfindet. Es ist die Abschlussveranstaltung des Coaching-Vorhabens „Von der Küste zu den Alpen – Regionen im Aufbruch: Umsetzungsbegleitung regionaler Projekte durch Qualifizierung, Coaching und Beratung der Regionalentwickler“, das von der Deutschen Stiftung Umwelt gefördert und von der Uni Kassel durchgeführt wird. Auf der Veranstaltung werden im „Info-Café“

praktische Coaching-Erfahrungen sowie die Inhalte der Regionalcoaching-Fortbildung vorgestellt. Die Teilnehmenden können sich bei den Referentinnen und Referenten über verschiedene Beispiele informieren. Im Anschluss heißt es „Lösungswege suchen – rent a coach“: Sechs Coaches stehen für eine Coaching-Sitzung zur Verfügung, um praktische Fälle zu Themen wie Arbeits- und Organisationsstrukturen, Führung, Teamentwicklung, Rollenfindung etc. zu bearbeiten.

Interessenten können direkt bei der Anmeldung ihr Interesse am Live-Coaching mitteilen und das gewünschte Thema benennen. Weitere Infos und Anmeldung unter: www.regionalcoaching.de/Tagung.232.0.html

